



**WAHLPROGRAMM
2009 - 2014**

**für die
KREISTAGSWAHLEN IM
RHEIN - NECKAR - KREIS**

7. Juni 2009 –
Gemeinderats- und Kreistagswahlen

Herausgeberinnen:
Die Kreisverbände Hardt, Neckar-Bergstraße und Odenwald-Kraichgau
von Bündnis 90/Die Grünen

v.i.S.d.P.: Uli Sckerl

Kontaktadressen von Bündnis 90/Die Grünen im Rhein-Neckar-Kreis:

Kreisverband Hardt
(Wahlkreise Eppelheim / Schwetzingen / Hockenheim / Walldorf)

Jahnstr. 2, 69214 Eppelheim, Telefon 06221/ 76 51 92
Mail: kv.hardt@gruene.de

Kreisverband Neckar-Bergstraße
(Wahlkreise Hemsbach / Weinheim / Schriesheim / Edingen-
Neckarhausen)

Hauptstr. 23, 69469 Weinheim, Telefon 06201/ 95 90 89
Mail: kv.neckar-bergstrasse@gruene.de
www.gruene-neckar-bergstrasse.de

Kreisverband Odenwald-Kraichgau
(Wahlkreise Sandhausen / Leimen / Wiesloch / Dielheim /
Neckargemünd / Waibstadt / Sinsheim / Eberbach)

Eichendorffstr. 14, 69242 Mühlhausen, Telefon 06222 / 66 22 01
Mail: kv.odenwald-kraichgau@gruene.de
www.odenwald-kraichgau.de

Grüne Fraktion im Kreistag Rhein-Neckar
Geschäftsstelle Haselnussweg 12, 69469 Weinheim,
Telefon 06201 / 95 90 89; www.gruene-kreistag-rnk.de

Vorwort - 25 Jahre Grüne im Kreistag

Wir Grüne können nach einem Vierteljahrhundert Kreistagsarbeit eine erfolgreiche Bilanz ziehen. Trotz einer klaren konservativen Kreistagsmehrheit konnten wir viele Initiativen durchsetzen. Eine ökologisch orientierte Abfallwirtschaft, der Aufbau des S-Bahn-Netzes, Schulsozialarbeit, die Förderung sozialer Initiativen, die wohnortnahe Versorgung älterer Menschen, – einiges in der Kreispolitik trägt unsere Handschrift. Wir haben damit ökologische und soziale Standards gesetzt, die es zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt.

Die Folgen der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise werden den Rhein-Neckar-Kreis aber nicht verschonen. Einbrüche bei den Steuereinnahmen der Gemeinden und massiver Arbeitsplatzabbau bei großen Firmen im Kreis wie SAP und Heidelberger Druck könnten die Kreisumlage-Zahlungen der Gemeinden ab 2010 deutlich verringern. Vieles von dem, was in den letzten Jahren erreicht wurde, kommt dadurch wieder auf den Prüfstand. Wir werden deutlich machen, dass grüne Themen bei schlechter Kassenlage nicht ausgedient haben, sondern gerade dann ihre Wirkung entfalten, zum Beispiel bei der Energie-Versorgung. Investitionen in Energiesparen, Energie-Effizienz und Erneuerbare Energien sind gut fürs Klima und helfen Folgekosten zu vermeiden. Sie senken deutlich und auf Dauer die laufenden Energiekosten öffentlicher Verwaltungen und sorgen gleichzeitig trotz Krise für Wachstum und Beschäftigung bei Mittelstand und Handwerk.

Mit richtigen Prioritäten und nachhaltiger Haushaltspolitik wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass der Rhein-Neckar-Kreis bei seinen Schwerpunktaufgaben berufliche Bildung, soziale und gesundheitliche Versorgung, Eingliederungshilfe für Menschen mit einer Behinderung und Öffentlicher Nahverkehr in den nächsten Jahren leistungsfähig bleibt.

Der Kreis muss sich der Metropolregion öffnen

Immer mehr Aufgaben im kommunalen Bereich können heute nicht mehr durch die einzelne Gemeinde oder den Kreis gelöst werden. Die Zeit des Kirchturmdenkens ist vorbei. Wir Grüne stehen für vernetztes Planen und gemeinsames regionales Handeln. Wir haben zu den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 deshalb als erste Partei ein Programm für die Metropolregion Rhein-Neckar vorgelegt, das für uns auch in der Kreispolitik ein wichtiger Leitfaden ist. Wir werden in den nächsten 5 Jahren für mehr Zusammenarbeit und eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der gemeinsamen Metropolregion eintreten. Unser Ziel ist die Direktwahl der Verbandsversammlung der Metropolregion durch die Bevölkerung.

Mehr Demokratie im Landkreis

Landkreis, Landratsamt, Kreistag – für viele Bürgerinnen und Bürger sind das Behörden und Gremien, die scheinbar wenig mit ihrem Alltag zu tun haben. Dennoch greifen Kreistag und Verwaltung mit vielfältigen Entscheidungen ständig in das tägliche Leben ein – von A wie Abfallwirtschaft bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten verschaffen, auf Entscheidungen des Kreises Einfluss zu nehmen. Wir wollen mehr Demokratie im Rhein - Neckar – Kreis, z.B. mit Bürger- Begehren und – Entscheiden auch bei Kreisthemen. Wir wollen endlich die Direktwahl der Landrätinnen / -räte durchsetzen. Für diese zwei grundlegenden Reformen setzen wir uns auf Landesebene ein. Bei wichtigen Themen wird die Grüne Fraktion beantragen, zukünftig BürgerInnen-Versammlungen im Kreisgebiet abzuhalten

Zur Stärkung des „Kreisbewusstseins“ tragen auch moderne, bürgerfreundliche Kreiseinrichtungen bei. Wir Grüne sind für dezentrale Bürgerbüros des Landkreises in den Kreisteilen. Wir sind dafür, dass Dienstleistungen des Kreises umfassend über das Internet in Anspruch genommen werden können.

Die umfassende Verwaltungsreform von 2005 hat die Kreisverwaltungen und insbesondere die Landräte massiv gestärkt. An den Kreis ging eine Vielzahl neuer staatlicher Aufgaben, das Landratsamt bekam ein völlig neues Gesicht. Entscheidend ist dabei: Alle neue Aufgaben sind staatlich und werden allein von der Verwaltung entschieden. Der Landrat ist seitdem für 80% der Kreisaufgaben allein zuständig, für nur noch 20% ist der Kreistag zuständig. Die Machtfülle des Landrats ist umfassend. Bei der jüngsten Überprüfung der Verwaltungsreform kam es nur zu wenigen Veränderungen beim Zuschnitt dieser staatlichen Aufgaben. Die vom Volk gewählten Kreistage wurden erneut nicht gestärkt. Wir werden im neuen Kreistag beharrlich eine transparente Kosten-Leistungs-Rechnung für die staatlichen Aufgaben einfordern und uns dafür einsetzen, dass die weitere Umsetzung der Verwaltungsreform weder die Kassen des Kreises noch der Gemeinden belastet. Wir werden uns weiter für eine regelmäßige Information des Kreistags und der Öffentlichkeit über die staatlichen Aufgabenfelder einsetzen.

Die Kreisräte aller Fraktionen sollten im Kreistag ihr Recht auf Mitbestimmung gestalterisch ergreifen und nur wo notwendig an die Verwaltung oder Gesellschaften übertragen. Leider zeigt die Erfahrung, dass die großen, tonangebenden Fraktionen im Kreistag dies gerne delegieren und dabei die Einflussmöglichkeiten der demokratisch gewählten Gremien reduzieren. Bündnis 90/Die Grünen will das Mitspracherecht der demokratischen Gremien stärken, anstatt es mehr und mehr aus der Hand zu geben.

Landkreis für Klimaschutz und erneuerbare Energien

Wir Grüne haben uns vorgenommen, die Metropolregion Rhein-Neckar zur Modellregion beim Klimaschutz und zum Vorreiter bei erneuerbaren Energien zu machen. Ohne den wesentlichen Beitrag des größten und bevölkerungsstärksten Landkreises Rhein-Neckar kann das nicht gelingen.

Wir setzen insbesondere bei der Bewirtschaftung der großen Immobilien und Einrichtungen des Kreises auf die drei E: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. In diesen Bereichen kann auch jetzt in der Wirtschaftskrise neues, nachhaltiges Wachstum angeregt, Kaufkraft und Wertschöpfung in der Region gehalten werden. Heute hingegen importiert der Kreis seinen Energiebedarf noch zu 100%.

Die Kreisverwaltung und ihr Eigenbetrieb „Bau und Vermögen“ müssen eine Vorreiterrolle bei der energetischen Sanierung mit Wärmedämmung und Wärmeschutzverglasung einnehmen. Damit lässt sich der Wärmeenergiebedarf um 60 Prozent und mehr senken. Alle künftigen Neubauten müssen nach Nullenergiestandards gebaut werden. Bei der nächsten Ausschreibung für den Strombezug muss endlich zertifizierter „grüner Strom“ zum Zug kommen.

Mehrere Studien zeigen auf: Spätestens 2030 können die Metropolregion Rhein-Neckar und mit ihr auch der Landkreis Rhein-Neckar den Energiebedarf der privaten Haushalte und öffentlichen Einrichtungen bis zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken.

Region und Landkreis haben ein großes Potenzial an erneuerbaren Energien: Sehr lange Sonnenscheindauer, hohes Biomassepotenzial in Land- und Forstwirtschaft. Erdwärme, Wind und Wasser. Kreis und Region entwickeln sich zudem zu einem Forschungsschwerpunkt für Fotovoltaik, thermische Solarenergie, neue Entwicklungen in der Speichertechnologie, und anderes mehr. Diese Innovationen wollen wir in den nächsten Jahren auch im Landkreis nutzen, ebenso die Möglichkeiten der Windenergie an geeigneten Stellen, sowie Solarparks auf Deponien u.ä.

Dezentrale Strukturen als eine Art der Energiegewinnung und Versorgung gewährleisten, dass die Entwicklungen im Bereich erneuerbare Energien nicht ausschließlich im Sinne der Gewinnmaximierung einiger weniger Großunternehmen ablaufen. Dies soll der Kreis bei Planungen berücksichtigen.

Wir setzen uns daher insbesondere für den Aufbau von Bioenergiedörfern und -stadtteilen auf genossenschaftlicher Basis im Kreisgebiet ein, denn diese sind ein wichtiger Baustein für die Erreichung obiger Ziele.

Bei der neu gegründeten Energie- Gesellschaft zwischen AVR und MVV muss sehr aufmerksam verfolgt werden, welche Projekte in Planung gehen. Die drei stärksten Fraktionen des Kreistags haben sich dafür ausgesprochen, dass die eigenen Mitspracherechte aufgrund des Gesellschaftsvertrages minimiert sind. Bündnis 90/Die Grünen wird daher ein besonderes Augenmerk auf die Aktivitäten dieser Gesellschaft haben.

Für ein Biomasseheizkraftwerk, wie es in Sinsheim geplant ist, muss ein durchdachtes Gesamtkonzept Grundlage sein, das auch die Gegebenheiten und sonstigen Projekte der Region in die Planung einschließt.

Für ein solches Kraftwerk muss ein hoher Nutzungsgrad von 70-80% angestrebt werden. Zudem muss ausgeschlossen sein, dass die Anlage nachträglich, ohne Entscheidung demokratischer Gremien, eine Erweiterung zu einer Müllverbrennungsanlage erfahren kann. Dies muss auch rechtsverbindlich in der Planung und Genehmigung des Biomassekraftwerks festgeschrieben werden.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Umstellung der Energieversorgung der Kreiseinrichtungen auf erneuerbare Energien
- Energetische Sanierung in allen Kreiseinrichtungen.
- Bezug von Ökostrom in allen Kreiseinrichtungen.
- Nutzung des Potenzials an erneuerbaren Energien,
- Kooperation mit den Forschungseinrichtungen, der neuen mittelständischen Solar- und Energiebranche und dem Handwerk in der Region.
- Unterstützung von Bioenergiedorf-Initiativen durch Kreistag und Verwaltung, u. a. im Rahmen des Gebäudemanagements.
- Durchdachte Gesamtkonzepte bei Kraftwerksplanung

Für eine intakte Umwelt

Wir wollen im Rhein-Neckar-Kreis eine intakte Umwelt mit sauberer Luft, vielfältiger Landschaft und artenreicher Natur schaffen und den nachfolgenden Generationen übergeben.

Stopp dem Flächenverbrauch

Schon heute haben wir in der Metropolregion ca. 5.000 Hektar ausgewiesene Wohnbaufläche über den prognostizierten Bedarf im Jahr 2020 hinaus. Der Kreis ist als Untere Baubehörde selbstverständlich auch für den Flächenverbrauch zuständig und verantwortlich. Es muss zur Regel werden: Vor der Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete müssen als Bedarfsnachweis die Leerstände und Baulücken erfasst und ausgewiesen werden. Zudem muss zwingend durch Renaturierung in gleicher Größe ortsnah ausgeglichen werden. Notwendig ist auch ein regionales Gewerbeflächenmanagement, an

dem sich die Abteilungen für Wirtschaftsförderung der Land- und Stadtkreise beteiligen müssen. Ziel muss die vorrangige Nutzung brachliegender Gewerbe- und ehemaliger Militärflächen sein.

Der rasante Flächenverbrauch muss in allen Bereichen gestoppt werden.

Für ein besseres Klima im Kreis

Naturschneisen zur Be- und Entlüftung haben eine kaum zu überschätzende Bedeutung. Diese Freiflächen zwischen Rheinebene und Odenwald bringen frische Luft in die Städte und ermöglichen den Abzug der Warmluft. Experten prognostizieren eine erhebliche Zunahme von Hitzetagen in der gesamten Metropolregion: Steht dann auch noch die Luft still, wird das vor allem Kinder und ältere Menschen krank machen. Wir fordern die Ausweisung von Klimaschneisen und dort ein striktes Bebauungsverbot.

Gentechnikfreie Landwirtschaft

Wir fordern eine 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft im Rhein-Neckar-Kreis. Wir sind neben dem Landkreis Karlsruhe der letzte Kreis in Baden-Württemberg, in dem für 2009 noch bis vor kurzem Versuche mit Agro-Gentechnik geplant waren. Wir begrüßen die Absage dieser Versuche. Aber dies muss auch nach dem Wahljahr 2009 Gültigkeit haben. Die ökologischen und gesundheitlichen Risiken gentechnisch veränderten Pflanzen sind längst nicht ausgeleuchtet. Ein ausreichender Nachweis der Unbedenklichkeit ist nicht in Sicht. Die Menschen und die Äcker der Region dürfen nicht als Versuchsobjekt missbraucht werden. Die langfristige Existenzgrundlage der Landwirte in der Region darf nicht durch leichtfertigen Einsatz von gentechnisch verändertem Saatguts bedroht werden. Die Erzeugung von gentechnikfreien Lebensmitteln muss gesichert und vor Kontaminierung geschützt werden.

Schutz der Artenvielfalt

Bündnis 90/Die Grünen setzt sich dafür ein, dass die Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf den Wiesen und Feldern der Region, in den Wäldern und auf allen Grünflächen besonderen Schutz und Förderung erfahren. Gerade der Kreis kann bei Planungen, aber auch bei der Pflege seiner Flächen mit kleinem Einsatz große Wirkung erzielen. Eine umfassende Biotoperhaltung und -vernetzung muss erklärtes Ziel sein.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Ausweisung neuer Flächen für Wohnen und Gewerbe nur noch bei Bedarfsnachweis und ortsnaher Renaturierung im gleichen Umfang.
- Schutz der Klimaschneisen im Kreis.
- Kein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen, auch nicht zu Versuchszwecken
- Schaffung einer gentechnikfreien Metropolregion Rhein-Neckar
- Schutz der Artenvielfalt

Beim Verkehr geht es um umweltgerechte Mobilität

Beharrliche grüne Kreistagsarbeit hat vieles erreicht. Die erste Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar ist seit ihrem Start im Dezember 2003 zu einem bundesweiten Erfolgsmodell geworden. Die Kapazitäten reichen nicht mehr und müssen dringend aufgestockt werden. Die Nahverkehrspläne 1 und 2 haben insbesondere für eine verbesserte Anbindung der ländlichen Räume an die regionalen Zentren gesorgt. Die Monatstickets für besondere Zielgruppen sind ein Erfolgsschlager geworden. Stadtbusverkehre fanden Eingang in die

Kreisförderung. Durch mehr Wettbewerb konnten für gleiche Leistungen der Unternehmen die kommunalen Kosten der Schienen- und Busverkehre deutlich gesenkt werden.

Den Erfolgskurs im ÖPNV fortsetzen

Es ist eine zentrale Aufgabe des neuen Kreistags, den erreichten Standard bei der Nahverkehrsversorgung in der Fläche zu sichern und mit intelligenten Konzepten den Ausbau des ÖPNV fortzusetzen. Wo immer möglich, wollen wir künftig Strecken im Kreis ausschreiben lassen, um mit einem Qualitäts- und Kostenwettbewerb zwischen den Verkehrsunternehmen das Optimum für die Fahrgäste zu erreichen. In den nächsten 5 Jahren wird es u.a. darum gehen, mit den Kreis- Förderrichtlinien mehr Anreize für die Verdichtung der ÖPNV-Angebote, für den Ausbau von Park + Ride, Bike + Ride und den barrierefreien Zugang zu Bahnhöfen und in die Fahrzeuge zu schaffen. Institutionalisierte Mitfahrangebote und Ausweitung von Car-Sharing auch im ländlichen Raum sind zu begrüßen.

Bahn und Bus zur vollwertigen Alternative zum Auto machen

Es bleibt unser Ziel, alle Gemeinden im Kreis an allen Wochentagen von morgens bis Mitternacht mindestens halbstündlich anzubinden.

Auf den nachfragestarken Hauptachsen muss der Taktverkehr mit S-Bahn und Bus Schritt für Schritt vervollständigt werden. Die Planung der verschiedenen Stadtbahnen in allen Kreisteilen muss fortgesetzt werden. In Räumen und zu Zeiten schwacher Fahrgastnachfrage werden in Zukunft in noch größerem Umfang flexible und kostengünstige Systeme wie Rufstammeltaxis zum Einsatz kommen müssen, ohne die Fahrplanstandards einzuschränken.

S-Bahn Rhein-Neckar – das regionale Rückgrat für den Stadt-Umland-Verkehr

Der neue Kreistag muss es schaffen, die 2. Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar bis 2012 zu realisieren. Alle Untersuchungen bestätigen die technische Machbarkeit und den positiven volkswirtschaftlichen Nutzen der S-Bahn insgesamt. Bund und die beteiligten Länder müssen jetzt ihre verbindliche Zusage für die Fördermittel abgeben. Wir setzen uns dafür ein, dass mit der S-Bahn auch ein Integraler Taktfahrplan im gesamten Geltungsbereich des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar kommt.

Straßenbau: Unterhalt und Sicherheit statt Aus- und Neubau

In den nächsten 5 Jahren wird es mit uns keinen Ausbau des Kreisstraßennetzes mehr geben, der Kreis hat das dichteste Straßennetz im Südwesten. Für uns haben der Unterhalt der Straßen und gezielte Investitionen in die Verkehrssicherheit Vorrang, wie die Einrichtung von Kreisverkehren mit der Integration von Fahrrad- und Fußgängerverkehr oder der verkehrsberuhigende Umbau von Ortsdurchfahrten. Ein weiterer Ausbau ist mit Blick auf die Zerschneidung der Flächen und die Zunahme der Flächenversiegelung nicht zu verantworten.

Geschwindigkeitsbegrenzungen

Zur Reduzierung der Gefahren im Straßenverkehr und zur Verbesserung der Lebensqualität setzen wir uns dafür ein, auch auf Kreisstraßen verstärkt Geschwindigkeitsbegrenzungen und -Reduzierungen einzuführen. Besonders bei innerörtlichen Durchgangsstraßen gilt es dies rasch umzusetzen.

Mehr Radfahren im Landkreis

Der Radverkehr ist eine umweltfreundliche Alternative für Kurzstrecken – insbesondere im Alltag - die wir fördern wollen. Gerade innerstädtisch ist das Fahrrad konkurrenzlos günstig, schnell und klima-neutral. Die benötigten Abstellflächen nehmen nur einen Bruchteil der entsprechenden Flächen für den individuellen PKW-Verkehr ein. Bei Radwegen, welche

nicht die erforderlichen Mindestnormen erfüllen, ist die Benutzungspflichtig aufzuheben, Angebotstreifen in ausreichender Breite auf der Fahrbahn sind dem Neubau von Radwegen – aus Sicherheits- und Kostengründen! – unbedingt vorzuziehen. Das Fahrrad hat zudem eine große Bedeutung im Freizeitverkehr und im Radtourismus – gerade entlang der Rheinebene und des Neckars - erlangt.

Wir wollen die enge Verknüpfung des Radverkehrs mit dem ÖPNV, insbesondere durch überdachte Radabstellplätze an Bahnhöfen und die kostenfreie Fahrradmitnahme auch an Werktagen vor 9:00 Uhr im gesamten ÖPNV-Netz. Das Radwegenetz im Kreisgebiet hat noch eine Reihe von Lücken, die wir schließen wollen. Wir wollen dafür und für eine einheitliche Beschilderung und Kartierung in den kommenden Jahren Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Wir können uns in den touristisch relevanten Orten mit nennenswerten Höhendifferenzen den Aufbau eines Netzes von Mietstationen für so genannte „Pedelecs“, also Fahrräder mit elektrischer Unterstützung, vorstellen, damit diese Ziele von Tagesgästen auch ohne eigenes Auto erreicht werden können. Auch den AnwohnerInnen käme dies zugute. Das Modellprojekt in Stuttgart beobachten wir mit höchster Aufmerksamkeit.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Konzentration des Kreisstraßen-Programms auf Unterhaltungsmaßnahmen und Verkehrssicherheit an Ortseinfahrten (Kreisverkehre).
- Zügige Fortschreibung des Nahverkehrsplans Rhein – Neckar.
- Realisierung aller Maßnahmen der 2. Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar bis 2012.
- Einführung eines Integralen Taktfahrplans im VRN-Bereich.
- Bau der ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim; Verhinderung eines „Bypasses“ an Mannheim vorbei.
- Rasche Umsetzung des 2-gleisigen Ausbaus der OEG zwischen Weinheim und Schriesheim.
- Planung und Realisierung von Stadtbahnprojekten in allen Kreisteilen, insbesondere
- Stadtbahnverbindung Mannheim- Ladenburg- Schriesheim
- Stadtbahnverbindung Heidelberg-Leimen-Wiesloch/Walldorf
- Verlängerung der S-Bahn von Sinsheim nach Heilbronn
- Anbindung Elsenzthal mit Leimbachtal
- Stadtbahnanbindung Brühl-Mannheim
- Anbindung an die Rheintalbahn mit einer Linie Schwetzingen-Mannheim-Friedrichsfeld
- Verlängerung der Straßenbahnlinie bis Eppelheim über Plankstadt nach Schwetzingen
- Anpassung der Taktzeiten an Ladeöffnungs- und Arbeitszeiten
- Vereinfachung des Tarifsystems, Weiterentwicklung der Job, - „Maxx“ – u.a. Tickets. Barrierefreier Zugang zu allen Haltestellen, Bahnhöfen und Verkehrsmitteln.
- Stärkung des Radverkehrs im Alltag und der Freizeit, Abbau von Hindernissen, kostenlose Mitnahme im ÖPNV rund um die Uhr.
- Verdichtung des Radwegenetzes zwischen den Kommunen mittels Fahrradspur auf den Straßen
- Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Kreisstraßen - besonders innerorts

Abfallwirtschaft – in Zukunft Vorfahrt für Ökologie und Klimaschutz

Die Abfallwirtschaft im Kreis muss sich neu aufstellen

Die Abfallwirtschaft hat sich in den letzten Jahren weiter verändert. Große Umbrüche stehen auch in den kommenden Jahren bevor. Ein fragwürdiges europäisches Wettbewerbsrecht hat die erfolgreiche regionale Zusammenarbeit zwischen Kreis und den Städten Mannheim und Heidelberg vorzeitig beendet, die Verträge laufen spätestens 2014 aus. Die Liberalisierungspolitik der EU-Kommission zwingt nun zur europaweiten Ausschreibung aller Dienstleistungen. Dies und die zunehmende Konzentration des Entsorgungsmarktes auf immer größere internationale Unternehmen haben die bisher im Kreis tätigen kleinen Unternehmen längst vom Markt verdrängt.

Die kreiseigene Abfallverwertungsgesellschaft (AVR) hat diese wo möglich integriert und mit ihren Tochtergesellschaften die Aufgaben der Abfallwirtschaft selbst übernommen. Dadurch war es möglich, dass der Rhein-Neckar-Kreis in allen Gesellschaften und Beteiligungen bis heute eine Mehrheit hat. Damit konnte der Kreistag die Richtung der Abfallwirtschaft, die Sammelsysteme, Dienstleistungen und letztlich auch die Struktur und Höhe der Gebühren bestimmen. Wir treten dafür ein, dass eine ökologisch orientierte und bürgerfreundliche Abfallwirtschaft auch in Zukunft vom Kreistag bestimmt werden kann und werden einer weiteren Privatisierung der Abfallwirtschaft entgegen treten.

Vorfahrt für ökologische Maßnahmen

Die schleichende Abschaffung der getrennten Biomülltonne hat die Kompostierung längst ins Abseits gedrängt. Die Biomüll-Mengen spielen keine Rolle mehr. Wir Grüne setzen uns dafür ein, Biomüll wieder getrennt zu sammeln.

Abfallvermeidung ist nur noch eine Überschrift im Abfallwirtschaftskonzept des Kreises. Die AVR beschränkt sich auf punktuelle Aufklärungsaktionen in Schulen und Kindergärten. Wir treten für ein neues kreisweites Gesamtkonzept für Abfallvermeidung ein.

Bei der Müllverbrennung in Mannheim geht es für die Restlaufzeit der Verträge nach wie vor darum, diese anzupassen, um die Kosten und Gebühren weiter senken zu können.

Für Gewerbeabfälle gibt es weiterhin fragwürdige bis illegale Schlupflöcher mit der Folge, dass Firmen kaum noch Abfälle auf die öffentlichen Anlagen anliefern. Die Folge ist, dass die Bürger heute deutlich höhere Anteile an den Betriebs- und Vorhaltekosten für die Abfallanlagen tragen müssen. Die Veranlagung von Gewerbebetrieben an die öffentlich-rechtliche Entsorgung muss unter Ausnutzung der gesetzlichen Rahmenbedingungen von Kreis und AVR endlich ernsthaft umgesetzt werden.

Mehr Transparenz bei der AVR und den Gebühren

Wir werden weiter für Verbesserungen des Kreisabfallkonzeptes und der Organisation der Abfallwirtschaft eintreten, wo immer möglich Kosten, u.a. durch Verzicht auf nicht unbedingt nötige Leistungen, senken, und Gemeinden und Bürgern mehr Einfluss geben, u.a. durch Einrichtung eines Beirates für Gemeinden und Verbraucher/innen in der AVR.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Erhalt der Garantenstellung von Kreis und Kreistag für Abfall-Sammelsysteme und – Gebühren
- Neuorganisation der Getrenntsammlung und Verwertung von organischen Abfällen im Rahmen von Biomasse-Nutzungen, Wärmenetzen u.ä.
- Neuorganisation der Verwertung, Entsorgung und Überwachung gewerblicher Abfälle.
- Neuanfang bei der Abfallvermeidung.

Berufliche Bildung – Niemanden zurücklassen

Im Rhein-Neckar-Kreis soll niemand ohne Berufsausbildung bleiben. Deshalb steht für uns die berufliche Bildung nach wie vor im Mittelpunkt der Kreispolitik. Wichtig sind nicht nur eine vielfältige Bildungslandschaft, ein hoher Ausbildungsstandard und Lerninhalte, die den Anforderungen der Arbeitswelt von morgen entsprechen, sondern auch eine Berufsschulpolitik, die den Jugendlichen in allen Teilen des Kreises gleiche Chancen bietet. Eine Abschottung der kreiseigenen Schulen gegenüber Schülerinnen und Schülern aus Nachbarkreisen der gemeinsamen Metropolregion, wie sie in der Vergangenheit von der Verwaltung favorisiert wurde, lehnen wir grundsätzlich ab. Die beruflichen Bildungsangebote an den sechs Standorten Schwetzingen, Sinsheim, Weinheim, Wiesloch, Eberbach und Hockenheim müssen auch in Zukunft weiter gefächert und modernisiert werden. Neben der angemessenen Ausbildung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Schultypen liegt uns dabei besonders die integrative Förderung derjenigen jungen Menschen, in der Mehrheit Kinder von Einwanderern, am Herzen, die nur geringe Chancen auf eine erfolgreiche Berufsausbildung haben. Durch verstärkte Kooperation zwischen Schulen, Schulträger, verschiedenen Institutionen und freien Trägern der Jugendhilfe, der Wirtschaft und den Arbeitsagenturen müssen neue Wege gefunden werden, auch leistungsschwächeren Jugendlichen den Übergang in eine Ausbildung zu ermöglichen. Besonders die SchülerInnen mit sonderpädagogischem Bedarf gilt es beim Übergang ins Berufsleben zu unterstützen.

Grundvoraussetzung für eine zukunftsorientierte berufliche Bildung, sei es im dualen System, sei es in der Vollzeitschule, ist eine gute materielle wie personelle Ausstattung der Berufsschulen. Was Sanierungen im Schulhausbau und Modernisierung von Fachräumen, Werkstätten und Lernmitteln betrifft, hat der Rhein-Neckar-Kreis zwar schon viel getan; Grund, sich zufrieden zurückzulehnen, besteht jedoch keineswegs. Für die Bereitstellung des pädagogischen Personals trägt der Kreis zwar nicht die Verantwortung; dennoch sollte er sich bei den entsprechenden Stellen mit Nachdruck für eine angemessene Lehrerversorgung einsetzen. Nicht zuletzt gehört zu funktionierenden Bildungseinrichtungen auch eine durchlässige, offene Kommunikation zwischen allen am Bildungsprozess Beteiligten, also Schulleitung, Lehrerkollegium, Schülervertretung, Elternbeirat und Schulträger. Wir machen uns dafür stark, dass die in diesen Bereichen bestehenden Defizite behoben werden.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Erhaltung und Ausbau der Berufsschulen zu Zentren beruflicher Bildung.
- Ständige Modernisierung und Qualifizierung der beruflichen Ausbildungsangebote.
- Einrichtung von beruflichen Gymnasien mit sozialwissenschaftlichem und technischem Profil an den Schulstandorten Weinheim und Wiesloch bis 2010.
- Deutliche Erhöhung der Stellen für Lehrer/innen in den Berufsschulen.

Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche im Kreis

Zukunftsfähige Kommunalpolitik muss das Leben von und mit Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen stellen.

Laut Aussagen des Familienministeriums werden bundesweit zwischen fünf bis 10 % aller Kinder vernachlässigt und die Zahl der Kinder, die Jugendämter in Obhut nehmen müssen stieg zwischen 1995 und 2005 um 40%.

Die Studie „Kinder in Deutschland“ 2007“, hat gezeigt, dass vor allem solche Kinder in ihrer Entwicklung benachteiligt sind, deren Eltern selbst Hilfe bedürfen, um sich wieder ans gesellschaftliche Leben anzubinden. Das bedeutet, dass der Übergang in die Elternschaft insbesondere bei Frauen aus zerrütteten oder Armutsverhältnissen, aber auch bei Familien mit einem schwierigen Migrationshintergrund einer besonderen, sozialen und medizinischen Betreuung bedarf.

Das Hilfe- und Unterstützungssystem für Familien weist im Gesundheitswesen und im Bereich der Familien- und Jugendhilfe ein breites Spektrum adäquater Angebote und Leistungen auf. Unzureichend ist allerdings die Früherkennung riskanter Lebenssituationen von Säuglingen und Kleinkindern.

Verbesserte Kooperationen zwischen Fachkräften öffentlicher und freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitssystems und anderer familienbezogener Dienstleister können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Risiko- und Überforderungssituationen möglichst früh erkannt werden. Dazu müssen soziale und medizinische Hilfen besser aufeinander abgestimmt werden

Neben einem Internetportal, über das sich Hilfe suchende Eltern informieren können, muss das System der aufsuchenden Familienarbeit durch Familien-Hebammen, bzw. Sozialarbeiterinnen im Kreis weiter ausgebaut werden.

Die Kreispolitik darf die Jugendhilfe auch zukünftig nicht als Feld von Sparpolitik betrachten. Im Gegenteil, geeignete präventive Maßnahmen, die Eltern, Lehrer und Schüler einbeziehen, helfen nicht nur den Betroffenen, sondern senken auch die Kosten für Heimunterbringung und Resozialisierung auffällig gewordener Jugendlicher. Ein weiteres Ziel grüner Jugendhilfepolitik ist die Erhaltung und angemessene finanzielle Ausstattung der Erziehungsberatungsstellen im Kreis.

Grüne Ziele sind u.a. die Schaffung einheitlicher Qualitätsstandards für die privaten Betreuungseinrichtungen für Unter-3jährige. Transparenz der Unterschiede für die Eltern, sowie ortsnahe Qualifizierungsmöglichkeiten für Tagesmütter und Tagesväter.

Auch die offene Jugendarbeit in den Kommunen muss als ein wichtiger Teil der kreisweiten Bemühungen für ein intaktes Lebensumfeld Jugendlicher anerkannt werden.

Frühe Integrationsangebote statt späterer Ausgrenzung

Ein friedliches und konstruktives Miteinander von Menschen, ob sie nun derselben Kultur oder verschiedenen Kulturkreisen entstammen, ist nur möglich, wenn sie eine gemeinsame Sprache finden und mit gleichen Chancen in die Zukunft blicken können. Der Grundstein für dieses Miteinander wird idealerweise schon im Kindesalter gelegt. Deshalb fordern wir eine umfassende, verlässliche und kostenlose Sprachförderung für alle Kinder, die bereits mit sprachlichen Defiziten in Kindergarten und Schule kommen. Uns Grünen reicht es nicht aus, mit aufwändigen Testverfahren den Nachholbedarf der Kinder zu diagnostizieren und sie anschließend damit allein zu lassen. Zielgruppe sind hier vor allem Kinder mit Migrationshintergrund sowie Kinder aus bildungsfernen oder sozial isolierten Familien; grundsätzlich soll dieses Förderangebot aber Chancengerechtigkeit für alle Kinder schaffen. Als weiteren Schritt in Richtung Integration fordern wir langfristig kostenloses Mittagessen, bestenfalls aus ökologischem Anbau in allen Ganztagschulen des Kreises. Eine ausgewogene Ernährung und die gemeinsame Mahlzeit betrachten wir als wichtiges eigenständiges Lehr- und Entwicklungsziel.

Schulsozialarbeit an sozialen Brennpunkten

Schulsozialarbeit ist eine sozialpädagogische Hilfeform, die zwischen den verschiedenen Erfahrungsbereichen von Kindern und Jugendlichen inner- und außerhalb der Schule vermitteln kann. Sie bietet der Schule und der Jugendhilfe die Chance, frühzeitig Probleme von Kindern, Jugendlichen und deren Familien zu erkennen und angemessen auf diese Probleme zu reagieren.

Bei der Größe des Landkreises müssen wir uns bei der Versorgung mit Schulsozialarbeit auf Prioritäten konzentrieren. Erste Priorität haben für uns Grüne berufliche Schulen, Förder – und Hauptschulen. Wir treten dafür ein, dass das Land sich mindestens mit einer Drittelfinanzierung an den Kosten beteiligt.

Hilfen für Jugendliche ohne Arbeit

Viele junge Menschen haben die Hoffnung auf einen Platz in der Berufswelt aufgegeben. Wir dürfen sie nicht übersehen, nur weil sie in keiner Arbeitslosenstatistik auftauchen. Es ist wichtig, auch sie mit Angeboten für Ausbildung und Arbeit zu erreichen. Die Jugendberufshilfe wollen wir zu einer Leitstelle für Information und Vermittlung ausbauen, die Jugendliche berät, sie auf bestehende Weiterbildungs- und Trainingsangebote verweist und versucht, Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Der Kreis muss außerdem seine Kontakte zur Wirtschaft und zum Arbeitsamt verstärkt nutzen, um jungen Menschen zusätzliche Angebote für den Berufseinstieg zu erschließen.

Jugendliche und Sucht

Neben einem ausreichenden Hilfsangebot für abhängige Menschen brauchen wir im Landkreis auch vermehrte Anstrengungen in der Suchtprophylaxe. Hier sehen wir ein größeres gewordenen Aufgabenfeld, das nur noch mit einem Koordinationsbüro für Suchtprävention bewältigt werden kann. Dieses fordern wir für den Rhein-Neckar-Kreis.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit an sozialen Brennpunkten mit besonderem Augenmerk auf Förder-, Haupt- und Berufsschulen.
- Ausbau der Jugendberufshilfe zu einer Leitstelle für die berufliche Beratung und Vermittlung von Jugendlichen.
- Schaffung eines Koordinationsbüros für Suchtprävention.
- Erhaltung der Erziehungsberatungsstellen im Kreis.
- Finanzierung mittel- und langfristiger Präventionsprojekte in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe.
- Der Ansatz der „Frühen Hilfe“ soll ausgeweitet werden.

Für Selbstbestimmung und wohnortnahe Pflege im Alter

Die Alterspyramide verbreitert sich im Rhein-Neckar-Kreis unaufhaltsam nach oben. Dieser Entwicklung muss die Kreisaltenpolitik Rechnung tragen.

Für uns Grüne heißt das zuallererst, die demokratische Selbst- und Mitbestimmung für alte Menschen zu gewährleisten: Die Arbeit des Kreissenioresenrates und der örtlichen Beiräte muss weiter gefördert werden. Bürgerschaftliches Engagement als freiwillig ergriffene Chance für ältere Menschen, ihre Lebenserfahrung, Mitwirkungsbereitschaft und freie Zeit zum Nutzen der sozialen Gemeinschaft einzusetzen, muss auf breiter Basis unterstützt werden. Ansätze und Modelle zur praktischen Generationensolidarität brauchen (kreis)kommunalpolitischen Rückhalt und öffentliche Anerkennung.

Neben dem Wunsch nach einem menschenwürdigen Leben im Alter besteht bei den älteren Menschen aber auch eine dramatisch steigende Pflegebedürftigkeit. Gründe hierfür sind Fortschritte in der Medizin, geringere Kinderzahlen heutiger Seniorinnen und Senioren sowie die unserer „Mittelgeneration“ abgeforderte Arbeits- und Wohnmobilität. Als Folge davon steigen die Kosten der Pflege enorm an.

Für eine sinnvolle ambulante Pflege brauchen wir örtliche Systeme, die frühzeitig den Bedarf erkennen, eine sachkundige, niederschwellige Beratung, kompetente, personell gut ausgestattete Pflegedienste und eine enge Vernetzung mit allen örtlichen Hilfeinitiativen und Assistenzangeboten. Diese vorrangig gemeindlichen Aufgaben muss der Kreis unterstützen, indem er Versorgungslücken beseitigt. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die vom Gesetzgeber geforderte Errichtung von Pflegestützpunkten in den Landkreisen, deren Anzahl uns jedoch als völlig unzureichend erscheint. Die Grünen werden sich für die Einrichtung eines zweiten Pflegestützpunktes im Rhein-Neckar-Kreis stark machen. Für die Pflege psychisch kranker Menschen müssen die psychosozialen Dienste und Tagesstätten auf Dauer erhalten und vom Kreis ausreichend finanziell gefördert werden.

Mehr Transparenz und Mitbestimmung in der stationären Altenpflege

Bei dem von uns Grünen entwickelten und im Kreistag beschlossenen Konzept der wohnortnahen dezentralen Heimplatzversorgung ist uns die qualitätsvolle Pflege in den kreiseigenen Pflegeheimen ein besonderes Anliegen. Menschenwürdige Pflege darf nicht dem Rationalisierungsdruck in den Einrichtungen zum Opfer fallen.

Wichtige Ziele sind uns deshalb die Durchsetzung der Heimgesetze und Personalverordnung, eine ausreichende Überprüfung der Heime mit konsequenter Nachkontrolle, eine bessere Personalausbildung (der RNK ist auch Pflegefachschul-Träger), die Förderung der Mitbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner und der Angehörigen

Grüne Schwerpunkte sind:

- Schaffung örtlicher Systeme, die frühzeitig Bedarf erkennen, sachkundiger, niedrighschwelliger Beratung, kompetente Pflegedienste in hinreichender Personalkapazität und eine gute Vernetzung mit allen örtlichen Hilfeinitiativen und Assistenzangeboten werden immer wichtiger. Der Kreis muss diese vorrangig gemeindlichen Aufgaben mit seiner Ausgleichsfunktion bei der Beseitigung von Versorgungslücken unterstützen.
- Schaffung von mindestens zwei Pflegestützpunkten im Kreisgebiet.
- Die gesundheitsamtliche Aufsicht muss zum wirkungsvollen Instrument der Überprüfung des Pflegestandards ausgebaut werden.
- Für psychisch kranke Menschen müssen die psychosozialen Dienste und Tagesstätten auf Dauer erhalten werden. Voraussetzung ist die finanzielle Förderung durch den Kreis.
- Förderung der Mitbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner in den kreiseigenen Heimen.
- Erhaltung der kreiseigenen Rehabilitationseinrichtungen. Der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ zielt für uns nicht auf die größtmögliche Reduzierung der Kosten für stationäre Pflege ab, sondern darauf, zur Bewahrung der Lebensqualität, die den Heimbewohner/innen noch bleibt, beizutragen.

Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung

Behinderung ist oft weniger ein medizinisches, sondern mehr ein soziales Problem. ‚Behindert ist man nicht, behindert wird man‘. Wir Grüne treten für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung ein und deren uneingeschränkte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Uns geht es um Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen - in Schule, Hochschule, Beruf und Freizeit.

Wir lehnen es ab, wenn behinderte Menschen nur in Sonderkindergärten, Sonder- oder Förderschulen, Behindertenwerkstätten ausgesondert werden – insbesondere dann, wenn dies von ihnen selbst oder von ihren Erziehungsberechtigten abgelehnt wird.

Es gilt für uns die Leitlinie ‚Daheim anstatt Heim‘. Das bedeutet, dass erwachsene Menschen mit Behinderung anstatt in Heimen selbstbestimmt in den Kommunen leben können – wenn sie es so wollen. Anstelle von professioneller Betreuung soll professionelle Assistenz rücken, soweit diese individuell von Menschen mit Behinderung gewünscht wird. Das Persönliche Budget bietet das gesetzlich definierte Fundament, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt ihre Assistanzanbieter wählen können. Die Umsetzung dieser Gesetzesgrundlage und die weitere Entwicklung ist in der grünen Behindertenpolitik ein fundamentaler Eckpunkt.

An die Stelle der gesellschaftlichen Aussonderung soll Inklusion treten. Ein inklusives Bildungssystem – so wie es die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung fest schreibt – ist für die Grünen der unverrückbare Maßstab für eine zukunftsweisende Bildungspolitik. Inklusion bedeutet beispielsweise, dass SchülerInnen mit Behinderung uneingeschränkter Bildungszugang in die Regelschulen bekommen, wenn sie es so wollen.

Die Sonderkindergärten, die Sonderschulen und die Werkstätten für behinderte Menschen bleiben dennoch auch weiterhin wichtige Pfeiler der Behindertenpolitik, selbst dann, wenn in Zukunft inklusive Bildungssysteme umgesetzt werden. ‚Es ist ganz normal, verschieden zu sein.‘ Dieser Satz beinhaltet, dass manche Menschen mit Behinderung auch zukünftig auf Sondereinrichtungen Wert legen werden. So gilt es, die Qualität der Kreiseinrichtungen und – Angebote für Menschen mit Behinderung weiterzuentwickeln.

Seit 2005 entscheidet der Landkreis an Stelle des Landeswohlfahrtsverbandes über die Finanzierung der Hilfen für Menschen mit Behinderung. In den kommenden Jahren geht es um die Etablierung eines ausreichenden Hilfs- und Versorgungsangebotes. Dazu entwickelt der Kreis derzeit mit der Stadt Heidelberg einen so genannten Sozial- und Teilhabeplan. In der ersten Phase geht es um die Menschen mit wesentlichen geistigen und mehrfachen Behinderungen, danach um Menschen mit seelischen und körperlichen Behinderungen. An dem Planungsprozess sind neben den Verwaltungen und externen Fachleuten die Träger von Einrichtungen beteiligt. Betroffene, Angehörige und Interessensverbände der Behindertenselbsthilfe sind aber ebenso außen vor wie der Kreistag. Wir wollen dies ändern und in die Schlussphase der Planung alle Verantwortlichen gleichberechtigt einbeziehen – insbesondere die Menschen mit Behinderung und verstärkt die Organisationen der Behindertenselbsthilfe.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Umsetzung eines Leitbildes für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung, in dem das persönliche Budget das wesentliche Instrument zum selbstbestimmten Leben ist.
- Aufbau eines inklusiven Bildungssystems im Rhein-Neckar-Kreis, damit Menschen mit Behinderung der Zugang in die Regelschulen ermöglicht wird.
- Konzentration der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Landkreis (Sonderkindergärten, Sonderschulen, Behindertenheime, Behindertenwerkstätten) auf diejenigen, die von den Betroffenen nachgefragt werden.
- Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Kreiseinrichtungen.
- Verstärkter Zugang von Menschen mit Behinderung zum allgemeinen Arbeitsmarkt, u.a. indem Arbeitgebern ausreichende Lohnkostenzuschüsse gewährt werden.
- Schaffung offener Wohnformen, in denen Menschen mit Behinderung ihre Assistenz mit Hilfe des persönlichen Budgets selbstbestimmt regulieren und organisieren können.

- Gleichberechtigte Mitsprache für Menschen mit Behinderung und deren Behindertenselbsthilfe-Organisationen bei der Erarbeitung des Sozial- und Teilhabeplans des Kreises.

Für die Sicherung des sozialen Netzes

Grüne Sozialpolitik im Kreis will die gleichberechtigte und eigenständige Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen die Ausgrenzung von Menschen verhindern, die mit Behinderung, in Armut oder in der Gefahr der sozialen Randständigkeit leben. Das soziale Netz und die Hilfesysteme wollen wir konsequent an der Würde und den Bedürfnissen der Hilfsbedürftigen ausrichten. Dafür ist das vielfältige Hilfsangebot mit sozialen Einrichtungen, Initiativen und Selbsthilfegruppen im Kreis eine ideale Voraussetzung. Wir sind froh über das große soziale, oft ehrenamtliche Engagement. Die Initiativen und Vereine erfüllen gesetzliche Aufgaben des Kreises nach dem Subsidiaritätsprinzip in einer Qualität und Zielgenauigkeit, wie sie von keiner staatlichen Organisation zu erreichen wäre. Dieses Netz muss immer wieder erneuert werden. Der Landkreis muss zu diesem Zweck die sozialen Netzwerke auf Dauer verlässlich finanzieren. Die Zuschüsse für die Verbände dürfen nicht mehr nach Kassenlage und politischer Opportunität gezahlt werden.

Für bürgernahe und präventive Sozialpolitik

Der ausschließlichen Zentralisierung der Sozialpolitik im Kreis - Sozialamt setzen wir eine Dezentralisierung der sozialen Aufgaben entgegen. Wir treten dafür ein, dass der Kreis von seiner Möglichkeit, die sozialen Aufgaben an die Großen Kreisstädte zu delegieren, im Zuge der Verwaltungsreform Gebrauch macht.

Weitere grüne Anliegen sind der Ausbau einer wohnortnahen Schuldnerberatung. Wir legen auch hier den Schwerpunkt auf soziale Prävention.

Reform von Hartz IV ist dringlich

Die Arbeitsmarkt-Reformen, bekannt unter dem Stichwort „Hartz IV“ müssen vom Bund dringlich erneut reformiert werden. Wir können mit den Kompetenzen des Kreises die Schwächen der Bundes-Sozialgesetzgebung nicht ausgleichen. Wir setzen uns jedoch entschieden für die Erhöhung der Regelsätze beim „Arbeitslosengeld II“ und für die Schaffung von Strukturen ein, bei denen Landkreis und Bundesagentur für Arbeit aus einer Hand die Betreuung, Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Handicaps organisieren. Doppelstrukturen lehnen wir weiterhin ab.

Gleichzeitig muss eine Zusammenarbeit der Kommunen und Arbeitsagenturen in der gesamten Region erreicht werden, um einheitliche Hilfsstrukturen zu schaffen. Dazu gehört die Angleichung der Erstattungssätze für Mietkosten, um in den letzten Jahren durch unterschiedliche Verwaltungspraxis erzwungene Wanderungsbewegungen zwischen den Kommunen zu stoppen. Dabei wollen wir keine Angleichung nach unten, sondern eine Ausrichtung der Erstattungssätze an den Bedürfnissen der Betroffenen.

Hartz IV- und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sowie Geringverdienerinnen und Geringverdiener müssen in der gesamten Metropolregion mobil sein. Wir wollen für diesen Personenkreis ein ÖPNV-Sozialticket einführen, das in der gesamten Metropolregion, bzw. dem Bereich des VRN gültig ist. Wir unterstützen deshalb die Initiative Metropoliticket Plus.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Fortsetzung und Verstetigung der Fördermaßnahmen für Initiativen und Verbände.
- Reform von „Hartz IV“ mit Erhöhung der Regelsätze und Betreuung der arbeitslosen Menschen in Kreis und Region „aus einer Hand“.

- Einführung eines ÖPNV-Sozialtickets in Kreis und Metropolregion.
- Mehr Prävention und Dezentralisierung bei den sozialen Diensten.

Weltoffener Landkreis – für eine echte Integration

Ein gleichberechtigtes Miteinander von Deutschen, Ausländern und Spätaussiedlern ist ein wichtiges Ziel grüner Kreispolitik. Für eine gelingende Integration müssen Deutsche und Zuwanderer mehr Bereitschaft zur Veränderung und zum Lernen mitbringen. Wir treten für vielfältige integrationsfördernde Maßnahmen ein. Dazu gehört zum Beispiel eine Sprachförderung, die bereits im Kindergarten beginnt.

Die Zahl der Armuts- und Kriegsflüchtlinge ist im Kreis deutlich zurückgegangen. Umso mehr besteht die Verpflichtung, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Lagerähnliche Sammelunterkünfte wollen wir zugunsten dezentraler Unterbringung in den Gemeinden abschaffen. Um auch Flüchtlingen die Chance auf Arbeit und Einkommen zu ermöglichen müssen Beratungsangebote geschaffen werden, die in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und Firmen die Zugangshindernisse zum Arbeitsmarkt abbauen. Im Rhein-Neckar-Kreis leben seit 20 Jahren zahlreiche Menschen mit einem ungesicherten rechtlichen Status. Wegen der aktuellen Wirtschaftskrise können sie die Voraussetzungen der so genannten „Altfallregelung“ nicht mehr erfüllen, ihnen drohen erneut die Verweigerung eines Bleiberechts und Abschiebung. Für sie fordern wir eine großzügige Anpassung der „Altfallregelung“.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Verbesserung der Voraussetzungen für Integration, insbesondere durch Sprachförderung.
- Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen.
- Anpassung der „Altfallregelung“ in humaner Weise
- Abschaffung des Sachleistungsprinzips

Gleichberechtigung von Frauen - im Kreis immer noch Zukunftsmusik

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verantwortung ist auch im Jahr 2009 noch nicht erreicht: Obwohl Frauen die klare Mehrheit der Kreisbevölkerung darstellen, müssen sie sich oft Entscheidungen beugen, die an ihren Lebensverhältnissen vorbeigehen. Das gilt für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, von der Arbeitswelt über den Bildungssektor bis hin zum Gesundheitswesen. Das gilt auch für den Kreis und seine Einrichtungen. Damit sich das ändert, setzen wir uns weiterhin für die Gleichberechtigung der Frauen in allen Verwaltungsbereichen und Einrichtungen des Landkreises ein.

Wir fordern die Umsetzung eines Leitbildes Gleichstellungspolitik für Landratsamt, Kreiseinrichtungen, Gesundheitszentren und Kreis-Gesellschaften mit klaren Zielvorgaben, den Ausbau und die konsequente Fortführung der Frauenförderpläne in der Kreisverwaltung, höhere Aufwandsentschädigung für im Kreis ehrenamtlich Tätige, die Kinder oder pflegebedürftige Personen zu betreuen haben (das sind meistens Frauen). Unser besonderes Augenmerk gilt auch der gezielten Förderung der selbst verwalteten Frauen-Projekte und -Initiativen auf der Grundlage planungssicherer, langfristiger Vereinbarungen.

Frauen sind in den Gemeinden und im Kreis zwar vielfältig ehrenamtlich engagiert, in kommunalen (Wahl-) Ämtern sind sie aber immer noch deutlich unterrepräsentiert. In den grünen und grün-nahen Fraktionen sind sie zahlreicher vertreten als in anderen politischen Parteien.

Diesen Prozess der politischen Gleichstellung werden wir fortsetzen. Für Bündnis 90 / Die Grünen ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der politischen Verantwortung ein zentrales demokratisches Anliegen und Gender Mainstreaming ein Handlungsprinzip, das auch bei den Entscheidungen des Kreistages Berücksichtigung finden muss.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Umsetzung eines Leitbildes Gleichstellungspolitik (Gender Mainstreaming) für Landratsamt, Kreiseinrichtungen, Gesundheitszentren und Kreis-Gesellschaften im Kreis mit klaren Zielvorgaben.
- Einrichtung der Stelle einer Kreis-Frauenbeauftragten.
- Ausbau und Fortführung der Frauenförderpläne in der Kreisverwaltung.
- Höherer Frauenanteil in allen Ausschüsse und Entscheidungsgremien
- Höhere Aufwandsentschädigung für im Kreis ehrenamtlich Tätige, die Kinder oder pflegebedürftige Personen zu betreuen haben (das sind meistens Frauen).
- Gezielte Förderung für die selbstverwalteten Frauen - Projekte und – Initiativen auf der Grundlage planungssicherer, langfristiger Vereinbarungen.

Für zukunftsfähige Gesundheitseinrichtungen im Kreis

„Vorbeugen ist besser als heilen“. Dieser Grundsatz ist zum Allgemeinwissen geworden. Die Realität hat gezeigt, dass präventive Maßnahmen nahezu wirkungslos sind, wenn sie von oben verordnet werden, oder appellativ (weniger fettreich essen, weniger rauchen, mehr bewegen) vorgetragen werden. Vielmehr scheint Gesundheitsförderung dann wirkungsvoll zu sein, wenn sie einen festen Stellenwert im Lebensalltag der Menschen (Kindergarten, Schule, Arbeitsplatz) bekommt.

Gesundheitsförderung muss auch auf Kreisebene zur Querschnittsaufgabe werden. Für die Hinführung zu einem gesunden, gewaltfreien und eigenverantwortlichen Leben bedarf es der materiellen und der personellen Ressourcen. Wenn die Gesundheitsförderung in den kreiseigenen Betrieben, den Kindergärten und Schulen greifen soll, dann muss heute investiert werden.

Allgemeine Situation

Die GRN Gesundheitszentrum Rhein-Neckar gGmbH bietet für die Bürger des Rhein-Neckar-Kreises mit seinen vier Kliniken der Grund- und Regelversorgung in Eberbach, Sinsheim, Schwetzingen und Weinheim eine umfassende Versorgung. Ein Kooperationsvertrag auf Augenhöhe mit der Uniklinik Heidelberg sorgt für Leistungen der Hochleistungsmedizin und Maximalversorgung. Die Akutversorgung im Krankenhaus wird durch Rehabilitation für die ältere Generation in den drei geriatrische Rehabilitationseinrichtungen in Sinsheim, Schwetzingen und Weinheim, die Kurzzeitpflege bei den Krankenhäusern Schwetzingen und Eberbach bis hin zur Dauerpflege oder dem Wohnen in den vier Altenheimen ergänzt. Mit über 3000 Mitarbeitern ist die GRN auch ein wichtiger Arbeitgeber im Rhein-Neckar-Kreis.

Strukturkommission

Die Beschlüsse der Strukturkommission, an denen alle Fraktionen ihren Anteil hatten, schafften Voraussetzungen - zumindest vorübergehend - für eine verbesserte Wirtschaftlichkeit und erhöhte Versorgungsqualität. Das Kreiskrankenhaus Eberbach konnte

in seinem Bestand gesichert werden. Der Versorgungsauftrag, eine dauerhafte Forderung der Grünen, für die Menschen in der Region, besteht weiterhin.

Der Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises hat in der Sitzung am 18.10.2005 beschlossen, den ehemaligen Eigenbetrieb Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Rhein-Neckar-Kreises zum 01.06.2006 in eine gemeinnützige GmbH umzuwandeln. Dadurch stellen sich in gewissem Umfang steuerliche wie auch wirtschaftliche Vorteile ein. Allerdings ist es nicht gelungen die Vertretung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Betriebsrat, in die Gremienarbeit mit ein zu beziehen. Unternehmerische Entscheidungen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates erfolgen oft ohne die notwendige Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeit der Betroffenen.

Zukunftsfähigkeit der Kreiskrankenhäuser

Weitreichende Baumaßnahmen in den Kreiskrankenhäusern werden getätigt und sollen die Zukunftsfähigkeit sichern. Das Augenmerk wird hierbei auf eine integrative Versorgung unter „einem Dach“ gerichtet. Ob es gelingt, durch die Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in kooperativer Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten, die Versorgungsqualität für die Patienten zu verbessern, wird die Zukunft zeigen.

Dass die finanziellen Probleme andauern, zeigen auch die bundesweiten Demonstrationen für eine bessere Ausstattung des Gesundheitssystems, an denen sich viele Bedienstete, Verwaltungsleiter, Geschäftsführer, Arbeitgeber und Gewerkschaften im Rhein-Neckar-Kreis beteiligten. Es herrscht große Einigkeit, dass die Versorgungsqualität und die Wirtschaftlichkeit der Kliniken sichergestellt werden muss.

Den Gesundheitseinrichtungen der GRN bleiben derzeit wenig finanzielle Spielräume. Der von der Politik aufgestellten Forderung "ambulant vor stationär" ist weiterhin Rechnung zu tragen. Dies führt allerdings zu einer Reduzierung der Verweildauer der Patienten, die in den Krankenhäusern zwischenzeitlich bei 6 bis 7 Tagen liegt. Eine Folge davon, neben einer zunehmend notwendigen Grundpflege bei veränderter Altersstruktur der Patienten, sind erschwerte Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte. Die im Kreiskrankenhaus Schwetzingen eingerichtete ehrenamtliche Krankenhaushilfe, sog. Grüne Damen, die den Patienten unentgeltlich mehr Aufmerksamkeit und Zeit widmen sollen, ist grundsätzlich lobenswert. Die Arbeit der Pflegekräfte darf als Folge davon nicht auf die reine Funktionspflege reduziert werden, das Gespräch mit den Patienten ist weiterhin eine wichtige Voraussetzung für eine qualifizierte Pflege.

Schulkooperation

In dem Zusammenhang kommt der Schulkooperation zwischen der GRN gGmbH und dem PZN (Psychiatrisches Zentrum Nordbaden) in Wiesloch eine große Bedeutung zu. Die dauerhafte Sicherung der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Personen für die Gesundheits- und Pflegeberufe, auch über die aktuell geplanten Schulplätze hinaus konnte durch die Grünen erreicht werden.

Notfallambulanz

Die Notfallambulanz an den Kreiskrankenhäusern, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden sowie am Wochenende, mit jährlich ca. 50.000 Notfällen, erfordert ein Vorhalten von Fachpersonal und bindet zusätzlich finanzielle Ressourcen.

Gesundheitsreformgesetze

Die Gesundheitsreformgesetze mit der grundlegenden Veränderung des Vergütungssystems, die Reform der Pflegeversicherung, die unzulängliche Krankenhausförderung durch das Land Baden-Württemberg stellen den GRN vor große Probleme und engen die unternehmerischen Spielräume gravierend ein. Auf den jeweiligen Gesetzgeber, ob Land oder Bund, kann nur begrenzt Einfluss genommen und finanzielle Verbesserungen für den GRN erreicht werden. Fraktionsübergreifende Initiativen bieten sich hier an. Die Grünen sind dazu bereit.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Sicherung der flächendeckenden medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung im Rhein-Neckar-Kreis.
- Ausbau von Qualität sichernden Maßnahmen durch Zertifizierungen (ISO 9001, KTQ = Kooperation für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen).
- Veröffentlichung der Qualitätsberichte und Verbesserung der Transparenz über das Leistungsspektrum der GRN.
- Einführung der interdisziplinären Patientenaufnahme und damit Erhöhung der Effizienz.
- Kein weiterer Personalabbau. Dauerhafte Sicherung der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Personen für die Gesundheits- und Pflegeberufe.
- Beteiligung der Personalvertretung im Aufsichtsrat der gemeinnützigen GRN- GmbH zur Transparenz und Sicherung der Mitwirkungsmöglichkeiten des Personals.
- Fraktionsübergreifende Initiativen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den GRN -Gesundheitseinrichtungen (Fallpauschalengesetz, Krankenhaus-Finanzierung u.a.)

Für neue Akzente bei der Förderung von Kultur und Sport

Kultur - und Sportförderung ist für GRÜNE auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten keine beliebige Verfügungsmasse. Unsere Schwerpunkte sind sportliche, soziale und kulturelle Aktivitäten der Breitensportvereine, der Kunstvereine, der freien Kunstgruppen unterschiedlichster Sparten, der Musikschulen u.ä.

Eine wichtige Aufgabe ist die Förderung des Jugendsports und der Übungsleiter. Die Jugendabteilungen der Sportvereine gehören inzwischen zu den wichtigsten Garanten für die Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher geworden.

Kulturförderung bedeutet für uns nicht die Unterstützung einer professionellen „Kultur von Eliten“ mit Steuermitteln. Priorität habe für uns Kulturformen, die den Alltag lebendig machen, sich mit der sozialen Umwelt künstlerisch auseinandersetzen und z.B. die kulturelle Identität von Minderheiten und Migranten/innen oder eine kritische Aufarbeitung von Kreisgeschichte vermitteln.

Zu einer weltoffenen Politik gehört für uns die lebendige Pflege der Kultur- und Sport-Partnerschaften des Kreises mit Ungarn, Schweden und Frankreich. Hier setzen wir uns vor allem für Programme ein, die jungen Menschen die Teilnahme ermöglichen.

Bemühungen um historische Aufarbeitung sowie die Erhaltung und Sanierung historischer Kulturgüter sollen Unterstützung des Kreises erfahren.

Archäologische Fundstellen sollte ein hoher Erhaltungswert beigemessen werden. Bei konkurrierenden Bauvorhaben sollte dies ausreichend Berücksichtigung finden.

Für eine bessere Finanzausstattung von Kreis und Gemeinden

Wir Grüne kämpfen seit Jahren für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kreise und Gemeinden. Aus eigener Kraft und mit der Beschränkung auf die wenigen eigenen Gestaltungsmöglichkeiten bei den Einnahmen ist es dem Kreis und in direkter Abhängigkeit von ihm (Kreisumlage!) den Gemeinden auf Dauer nicht möglich, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Bundespolitisch muss deshalb eine Reform der Gemeindefinanzen, die

nachhaltig wirkt und das Band zwischen den Kreisen und Gemeinden und den ortsansässigen Betrieben festigt, auf der Tagesordnung bleiben.

Grüne Politik des „Sparens und Gestaltens“ fortsetzen

Im Kreistag werden wir die Politik des „Sparens und Gestaltens“ fortsetzen. Für den Kreis werden die Rahmenbedingungen nach den guten Jahren 2006 – 2008 deutlich enger werden. Dabei wird aufgrund der angespannten Lage in vielen Gemeinden eine Erhöhung der Kreisumlage als Finanzierungsinstrument nicht zur Verfügung stehen. Wesentliche Kreisausgaben, so in der Jugendhilfe und in der Eingliederungshilfe, werden aufgrund objektiver Faktoren ansteigen. Die Umsetzung der Verwaltungsreform wird den Kreis wegen des Zwangs, die „Effizienzrendite“ bei den ihm übertragenen Behörden von 20 % zu erwirtschaften, weiter belasten.

„Sparen und Gestalten“ heißt, die richtigen Prioritäten zu setzen: Die ökologischen, sozialen und schulischen Aufgaben stehen für uns im Mittelpunkt. Wir setzen dabei auf strukturelle Veränderungen und mehr Effizienz in der Aufgabenerledigung. Wir wollen in jedem Einzelfall prüfen, wie eine Aufgabe kostengünstiger und besser erledigt werden kann, ohne die Ergebnisse zu gefährden. Ein weiterer Abbau des Personals ist nicht mehr möglich.

Grüne Schwerpunkte sind:

- Klare Prioritätensetzung für die Prävention in der Kinder- und Jugendhilfe, die berufliche Bildung, die soziale Förderung und den Ausbau des ÖPNV.
- Subsidiarität geht bei der Aufgabenerfüllung vor.
- Weiterer Abbau der Verschuldung, um Spielräume für kommende Generationen zu schaffen.
- Hohe Transparenz bei der Einführung des neuen Haushaltführungs-Systems („Doppischen Haushaltes“).
- Ständige Überprüfung aller Kreisaufgaben und ihrer Organisationsformen.